**DIE LINKE. Sachsen**
**Landesvorstand**

**I 7 – 024**

## Zur Einschätzung des Koalitionsvertrages

Information des Landesvorstandes vom 06. Dezember 2019

| | |
|---|---|
| **Information:** | Der Landesvorstand nimmt nachfolgenden Entwurf zur Einschätzung des Koalitionsvertrages der sächsischen Kenia-Koalition zur Kenntnis und beschließt spätestens auf seiner Januarsitzung ein weiter qualifiziertes Papier. |
| **Anlagen:** | Entwurf einer Einschätzung |
| **politische Botschaft:** | Die sächsische LINKE setzt sich mit den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen im Sinne einer gestaltenden Opposition auseinander. |
| **Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** | Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de) |
| **Weitere Maßnahmen:** | Beschluss eines weiter qualifizierten Textes auf einer kommenden Landesvorstandssitzung |
| **Finanzen:** | - |
| **Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** | - |
| **Den Beschluss sollen erhalten:** | Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r |

Zur Kenntnis genommen.

F.d.R.

Dresden, 06. Dezember 2019

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin

# Zur Einschätzung des Koalitionsvertrages

Der Koalitionsvertrag der neuen sächsischen Landesregierung enthält einige der Vorhaben, die auch DIE LINKE. Sachsen in ihrem Wahlprogramm gefordert hat. Dass die objektive Notwendigkeit dringender Reparaturen, beispielsweise in der Bildungs-, der Verkehrs- und Innenpolitik und der Demokratisierung, auch von der Kenia-Koalition erkannt worden ist, begrüßen wir.

Grundlegende Maßstäbe unserer Beurteilung dieses Dokuments sind jedoch die tiefgreifenden gesellschaftlichen Herausforderungen, die nun schon seit geraumer Zeit deutlich erkennbar sind und die zu einer Politisierung der sächsischen Gesellschaft geführt haben. Der Kampf gegen den Klimawandel und gegen die Folgen und Ursachen der neoliberalen Globalisierung sind aus unserer Sicht unabweisbare Herausforderungen. Zugleich findet unter dem Stichwort der „Digitalisierung“ eine wissenschaftlich-technische Revolution statt, die sich auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens auswirkt. Die sozialen Verwerfungen in Sachsen, die durch die Stichworte „Kinderarmut“, „Altersarmut“ und „Armut trotz Arbeit“ umrissen sind, drohen sich zu vertiefen. Politisch werden weltweit - und erkennbar auch in Sachsen - rechte und extrem rechte Ideologien und ihre Vertreterinnen stärker, damit wächst die Gefahr zivilisationsfeindlicher Politik.

*„Dabei ist klar: Eine Transformation wird kommen, so oder so – als politischer Aufbruch oder als politisches Debakel, ‚by design or by disaster‘.“ (Horst Köhler, 2019)*

Der Koalitionsvertrag der auch substantiell „kleinen Koalition“ von CDU, Grünen und SPD ist kein Signal für einen politischen Aufbruch. Hinsichtlich der genannten Herausforderungen ist er plan- und mutlos. Auch uns ist selbstverständlich klar, dass die sächsische Gesellschaft allein vor diesen Aufgaben stehen würde, wie ein David vor Goliath. Aber es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, sich dem notwendigen politischen Aufbruch nicht auch hier in Sachsen zu stellen. Ein großer Wurf und ein langer Atem für einen sozial-ökologischen Wandel, den Ausbau demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten, den Kampf gegen rechts und die offensive Gestaltung des digitalen Wandels sind nunmehr unabdingbar. Deshalb muss sichergestellt werden, dass dieser politische Aufbruch auch finanziell untersetzt wird, um damit von einer Absichtserklärung auf geduldigem Papier zur gesellschaftlichen Wirklichkeit zu werden. Dafür muss die als „Schuldenbremse“ getarnte Investitionsbremse in Sachsen beseitigt werden, gleichzeitig muss der Freistaat diesem volkswirtschaftlichen Irrsinn auch auf Bundesebene wirkungsvoll entgegentreten.

DIE LINKE. Sachsen ist bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten. Die in der sächsischen Landesverfassung notwendigen Veränderungen beginnen für uns mit der Abschaffung der Schuldenbremse. Damit wird auch gegenüber dem Gesetzgeber auf Bundesebene ein unmissverständliches Zeichen gesetzt, diesen Irrweg ebenso zu verlassen.

Der Ausbau der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten und der Kampf gegen rechts müssen aus unserer Perspektive haushaltärisch untersetzt werden. Hier sind besonders die politische Bildungsarbeit auf der kommunalen Ebene, die Unterstützung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen und die auskömmliche Finanzierung der gesellschaftlichen Institutionen, die für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen stehen, zu nennen.

Wir schlagen die Erarbeitung eines „Sachsenplans für den sozial-ökologischen Wandel“ vor, der sich letztlich sowohl im Landeshaushalt als auch in der Verfassung des Freistaats niederschlagen muss. Ebenso stehen wir für eine konstruktive Mitarbeit an einer Digitalisierungsoffensive zur Verfügung, die diese als eine Aufgabe der öffentlichen Hand versteht und durch ein Investitionsprogramm untersetzt.